

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs/Ärzte in sozialer Verantwortung)
Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
AntiAtomBonn
Aachener Aktionsbündnis gegen Atomenergie
Grenzüberschreitende Initiative „Stop Tihange“

Gronau, Bonn, Berlin 14. März 2016

Westpol: Urenco beliefert belgische AKW-Betreiber

Jura-Professor: NRW-Landesregierung ist zum Handeln verpflichtet „Uranexporte aus Urananreicherungsanlage Gronau sofort einstellen“

Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbände fordern als Reaktion auf einen Bericht des WDR-Magazins Westpol vom gestrigen Sonntag von der NRW-Landesregierung, sofort den Export von angereichertem Uran aus der Urananreicherungsanlage Gronau für die belgischen Pannenreaktoren sowie für andere ausländische AKW einzustellen. Im Westpol-Beitrag hatte der Berliner Jura-Professor Hans-Peter Schwintowski ausgeführt, dass die NRW-Landesregierung sogar zum Handeln verpflichtet sei, weil durch einen Reaktorunfall in Belgien auch das Leben und die Gesundheit der Menschen hierzulande gefährdet sei. Die Anti-Atom-Initiativen werten dies als klaren Handlungsauftrag und werden sich dazu schriftlich an die NRW-Landesregierung wenden.

Westpol zitierte zudem den Chef der Urananreicherungsanlage Gronau, den Urenco-Manager Joachim Ohnemus, dass auch die belgische Atomfirma Synatom Kunde von Urenco sei. Synatom wiederum ist eine Tochter von Electrabel, die beide belgische Reaktorstandorte in Tihange und Doel bei Antwerpen betreibt. Dort hatten am Samstag rund 1000 Menschen für die Stilllegung der Hochrisiko-AKW demonstriert.

„Die Urananreicherung im westfälischen Gronau trägt in erheblichem Ausmaß zum Betrieb der unkalkulierbar gefährlichen Reaktoren in Belgien und anderen Ländern bei. Was muss noch ans Licht kommen, bevor die NRW-Landesregierung endlich die Reißleine zieht und den Export von Uran-Brennstoff verbietet und gemäß dem eigenen Koalitionsvertrag die Urananreicherung in Gronau endlich beendet? Die Landesregierung hat offensichtlich größere rechtliche Handlungsspielräume als bisher behauptet,“ so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

„Die NRW-Landesregierung als Atomaufsicht darf sich nicht wegducken. Leben und Gesundheit der Bevölkerung haben Vorrang vor den Wirtschaftsinteressen der Urenco. Deshalb muss die Landesregierung gegenüber Urenco und Bundesregierung endlich den Atomausstieg durchsetzen,“ ergänzte Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

25. März: Ostermarsch Urananreicherungsanlage Gronau

Am Karfreitag, 25. März, startet um 12 Uhr ein gemeinsamer Ostermarsch von Anti-Atom- und Friedensbewegung an der Urananreicherungsanlage Gronau statt, um für ein Ende der Urananreicherung in Gronau zu demonstrieren. Der Ostermarsch in Gronau wird der Auftakt der NRW-Ostermärsche sein.

Zum Hintergrund:

Die Urananreicherungsanlage Gronau ist die bundesweit einzige und kann jedes 10. AKW weltweit mit Uranbrennstoff beliefern. Die Urananreicherung in Gronau ist genau wie die Brennelementefertigung in Lingen vom Atomausstieg bislang komplett ausgenommen und darf zeitlich unbefristet weiterarbeiten. Die verwendete Zentrifugentechnologie gilt zugleich als der einfachste Weg zur Atombombe und ist deshalb auch militärisch äußerst brisant. In Gronau fallen jedes Jahr zudem rund 6000 t abgereichertes Uran als Atommüll an. 2016 soll dafür in Gronau ein neues Atommülllager für 60 000 t Uranoxid in Betrieb gehen – ebenfalls ohne zeitliche Lagerbegrenzung. Dagegen regt sich seit Jahren entschiedener Protest, weil die sichere Entsorgung völlig ungeklärt ist und deshalb die Entstehung eines oberirdischen Endlagers zu befürchten ist. Die Betreiberfirma der Urananreicherungsanlage Gronau, die Firma Urenco, besitzt weitere Urananreicherungsanlagen in den Niederlanden, Großbritannien und den USA. Bis 2011 belieferte Urenco auch den Fukushima-Betreiber Tepco.

Hinweis für die Redaktionen:

Hier der Link zum WDR-Bericht:

<http://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/westpol-kein-atomausstieg-nrw-100.html>

Weitere Infos: www.bbu-online.de, www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.ippnw.de, www.antiatombonn.de, www.stop-tihange.org